

Nachlese zum Europa-Kongress von Attac

Mit ca. 650 Teilnehmern fand vom 5. bis 7. Oktober an der Uni Kassel der Kongress „*Ein anderes Europa ist möglich! Demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch!*“ statt. Organisiert hatte ihn Attac in Kooperation mit zahlreichen Partnern, darunter die IG Metall, Ver.di, GEW, BUND, die Initiativen *Eurexit*, und *Europa neu begründen*, Lexit, das Online-Magazin *Makroskop*, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die hessische Heinrich-Böll-Stiftung. Mit Gästen aus zehn europäischen Ländern war der Kongress international bestückt.

Attac kommt das Verdienst zu, gut ein halbes Jahr vor der Wahl zum EP zumindest für deutsche Verhältnisse Neuland betreten und einen wertvollen Beitrag zur europapolitischen Diskussion der deutschen Linken geleistet zu haben. Dazu im Einzelnen folgende Beobachtungen:

Pluralität der europapolitischen Diskussion

Der Kongress hat zum ersten Mal in dieser Größenordnung die Pluralität der europapolitischen Positionen, die es in der europäischen Linken gibt, realistisch abgebildet. Bei allen drei Plenarpodien und bei allen europapolitisch relevanten Foren gab es im Großen und Ganzen ein Rednermix von fifty-fifty. Dass auf den Plenarpodien die eher kritischeren Positionen überwiegend von ausländischen Referenten besetzt waren, reflektiert den Rückstand der deutschen Linken in der europapolitischen Debatte.

Die Konferenz hat die Deutungshoheit des europäistischen Narrativs durchbrochen. Die Teilnehmer konnten sehen, dass es in der europäischen Linken Positionen gibt, die bis dahin hierzulande im wahrsten Sinne des Wortes für manche „un-erhört“ waren. Symptomatisch dafür die Reaktion eines ehemaligen Funktionärs von Bündnis 90/Die Grünen: „Auf dem Europa-Kongress wurde ernsthaft auf dem Podium vertreten, wir müssten erst die EU zerstören, bevor Reformen möglich seien. Und zwar nicht einmal, sondern prominent auf nahezu jedem Podium. Da war ich entsetzt!“ Zwar hat in Wirklichkeit niemand die schräge Zerstörungsthese vertreten, aber die affektgeladene Wahrnehmung ist typisch für Positionen, die bisher hegemonial waren - d.h. für selbstverständlich, normal und vernünftig galten – sich jetzt aber in Frage gestellt sehen.

Insgesamt hat sich jedoch an den Publikumsreaktionen gezeigt, dass eine grundsätzlichere Kritik an der EU durchaus Gehör findet und keineswegs eine marginale Minderheitenposition ist. Das verweist darauf, dass Attac hier ein Oben-Unten-Problem hat. Das (informelle) Führungszentrum von Attac möchte bei aller Kritik im Einzelnen die weitere Vertiefung der Integration nicht in Frage stellen. Das ist bei Schwesterorganisationen wie Attac Österreich oder Attac Frankreich anders. Dort fällt niemand aus allen Wolken, wenn z.B. die Fähigkeit der EU auch nur zu keynesianischen Reformen für strukturell unmöglich gehalten wird. Um es einmal in etwas traditionalistischen Worten zu formulieren: andernorts haben sich der Klassencharakter der Integration und die sich daraus ergebenden Konsequenzen bereits etwas weiter herumgesprochen.

Bewegung im gewerkschaftlichen Milieu

Umso interessanter, dass im gewerkschaftlichen Bereich einiges in Bewegung gerät. Während die Attac-Führung in der Kongressvorbereitung noch versucht hatte, Begriffe wie Ungehorsam gegenüber (oder Bruch mit) den Verträgen nach außen hin unsichtbar zu machen, hat Hans-Jürgen Urban vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall sie mit seiner Formel von der "gezielten Regelverletzung" links überholt. Auch die Kritik der Leiterin der europapolitischen Abteilung beim DGB an der föderalistischen Positionen des DGB (und damit der Sozialdemokratie) und ihr Plädoyer für das Konzept der differentiellen Integration, d.h. einer Kombination aus partieller Desintegration und Integration, war eine Überraschung. Zwar ist das noch lange nicht gewerkschaftliche Beschlusslage, zeugt aber von einem offeneren Debattenklima als es das zu diesem Thema bisher gab.

Auch dass die Anrufung des "sozialen Europa" nun seit mehr als einer Generation nicht funktioniert, wurde fast von allen konzediert. Ebenso dass der Nationalstaat nach wie vor eine entscheidende Arena der Auseinandersetzung ist, auch wenn - in logischem Widerspruch dazu - von einigen das Mantra „Ich will kein Zurück zum Nationalstaat“ immer wieder repetiert wurde. Es dauert wohl noch, bis die Verwechslung von Supranationalität mit Internationalismus und von Nationalismus mit Nationalstaat aufgeklärt ist und sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die deutsche Dominanz unter „europäischem“ Deckmantel schon lange läuft und es dafür keiner Rückkehr bedarf.

Inhaltliche Fortschritte und Defizite

Ein inhaltlicher Fortschritt war auch, dass die Militarisierung der EU, die immer engere Verzahnung mit der NATO und deren Sehnsucht nach Großmachtstatus auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Allerdings wurde auch deutlich, dass diese Diskussion noch am Anfang steht. Ein Grund ist sicher, dass das Thema für europäistische Linke unangenehm ist, weil es eine neue Dimension von Delegitimierung der EU eröffnet - und das aus dem Zentrum linker Werte wie Antimilitarismus und Frieden.

Zudem spielt hier eine weitere ungelöste Kontroverse in der Linken hinein, nämlich wie man zu den Umbrüchen des internationalen Systems im Allgemeinen und zu Russland im Besonderen steht. Die Herausforderung, eine dritte Position zwischen Sowjetnostalgikern und NATO-Verstehern - also aus konflikttheoretischer Perspektive - zu entwickeln, ist noch nicht so recht angenommen worden. Stattdessen drücken sich viele lieber um das Thema.

Eng damit zusammen hängt auch der Anspruch, nicht nur über die EU, sondern über Europa als Ganzes und mögliche institutionelle Aspekte wie z.B. den *Europarat* zu reden. Im Kern wird auch das zum größten Teil vom Verhältnis EU-Russland geprägt, wie die Ukraine-Krise, die geopolitische Auseinandersetzung um den Westbalkan, oder der Ausschluss der russischen Vertreter aus der parlamentarischen Versammlung des Europarats zeigen. Jüngst kommt auch das chinesische Projekt der „Neuen Seidenstraße“ hinzu, das ja mit seinen Infrastrukturvorhaben von Shanghai bis Duisburg ebenfalls ein Integrationsprojekt ist.

Das sind alles Themen, auf die die Linke noch keine eigene Antwort hat. Das erklärt auch zu einem Teil die Unzufriedenheit damit, dass die Vorschläge für Initiativen von unten noch dünn gesät und ziemlich im Vagen blieben.

Konflikte

Das Verhältnis zur EU ist Bestandteil der großen Kontroversen, die die Linke in Westeuropa gegenwärtig durchziehen.

Attac hatte im Vorfeld bereits erklärt, dass ein Ziel des Kongresses sei, im Sinne einer pluralistischen Mosaiklinken alle europapolitischen Strömungen zu thematisieren. Der Kongress übernahm damit über Attac hinaus eine wichtige Funktion als Debattenraum zur solidarischen Bearbeitung der innerlinken Kontroversen. Es ist ein weiteres Verdienst von Attac, dass das weitgehend gelungen ist.

Dennoch ging die Schärfe der Konflikte in der Linken nicht ganz spurlos an dem Kongress vorbei. So tat sich die Attac-Führung immer mal wieder schwer, die Pluralität wirklich zu akzeptieren. Stattdessen wurde mehrfach versucht, mit machtpolitischen Methoden, wie die Ausgrenzung bestimmter Personen, oder die Unsichtbarmachung der EU-skeptischen Positionen gegenüber den Medien, in den alten Gleisen zu verfahren.

So ist die Ausgrenzung eines gestandenen linken Professors aus dem Podium zur Migration mit der Begründung, man wolle keine Wagenknechte, ein starkes Stück. Der eigentliche Skandal ist dabei noch nicht einmal so sehr, dass der Vorstoß von einem Kooperationspartner des Kongresses, dem *Institut Solidarische Moderne* ausging, sondern dass die Ausgrenzeritis aus dem Zentrum von Attac unterstützt wurde. Das steht in krassem Gegensatz zur politischen Kultur und den Spielregeln von Attac.

Auch die Versuche, mit mehr oder minder subtilen Tricks, Themen wie Alternativen zum Euro, oder Zweifel an der Reformierbarkeit der EU gegenüber den Medien zu marginalisieren, zeugt von der Angst der europäistischen Linken vor dem Verlust ihrer Hegemonie. Das zeigte sich u.a. bei dem Versuch, eine Abschlusserklärung zustande zu bringen. Dass dies scheiterte, dürfte bei der europäistischen Strömung daher eher zu Erleichterung geführt haben.

Dabei ging es den linken Euro-Skeptikern keineswegs um ein Meinungsmonopol für ihre Position, sondern lediglich darum, gleichberechtigt sichtbar zu sein. Hier wäre die Einsicht zu wünschen, dass Widersprüche sich verschärfen, wenn man sie unter den Teppich kehrt. Wenn man sie dagegen sachlich und solidarisch bearbeitet, besteht immerhin die Chance, dass sich daraus etwas produktiv weiter entwickelt.

Weitere Perspektiven

Das Thema EU wird in den nächsten Monaten wieder eine stärkere Rolle in der öffentlichen Aufmerksamkeit spielen. Zum einen wegen der Zuspitzung des Konflikts mit Italien, zum anderen wegen der Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019. Aber auch darüber hinaus werden die multiplen Krisen der EU weiterköcheln, und immer mal wieder auch eruptiv hochkochen.

Vor diesem Hintergrund ist eine zweigleisige Strategie anzustreben: Zum einen sollten die Aktivitäten zu sektoralen Themen wie TTIP, CETA, Privatisierungen, Migration etc. weitergeführt werden. Auch eine engere Kooperation zur Friedensbewegung muss angestrebt werden. Die Kündigung des INF-Vertrages durch Trump (nach dem Kongress öffentlich geworden) zeigt einmal mehr, dass hier dringender Nachholbedarf besteht.

Zum anderen muss die Diskussion um die offenen Fragen weitergeführt werden. Wie der Kongress zeigte, haben sich für viele Attacies neue Erkenntnisse ergeben, neue Entwicklungen, wie o.g. dargestellt, wurden sichtbar, es gab eine sachliche und solidarische Diskussion. Auf der Grundlage kann man weitermachen.

Peter Wahl, 31.10.2018